

Neuköllner Realitäten – Medienwelten und Lebenswelten

Herzlich willkommen in Neukölln. Als Input will ich Ihnen einen kleinen Einblick geben, was dieses Neukölln wirklich ist. Sie haben bestimmt davon gehört, dass die Rütli-Schule die einzige Hauptschule in einem sozialen Brennpunkt in Deutschland sein soll, in der es Probleme gibt. Dann wissen Sie sicherlich auch, dass der Bezirk Neukölln der einzige Bezirk bzw. die einzige Großstadtreion sein soll, in der die Integration von Zuwanderern nicht funktioniert. Das jedenfalls wird uns immer wieder bescheinigt. Selbst der Bundesinnenminister hat Neukölln als einen Slum bezeichnet. Daran kann man eigentlich nicht zweifeln. Denn wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch Verstand.

Falls Sie vielleicht doch Zweifel hegen sollten, so will ich Ihnen mit auf den Weg geben, dass Sie sich in einem Bezirk befinden, der eine sehr lange Tradition hat und einstmals eine stolze preußische Stadt war. Neukölln hatte ein richtiges Königlich-Preussisches Amtsgericht und ein eigenes Polizeipräsidium. Heute haben wir noch eine eigene Oper und eine wunderschöne große Parkanlage. Jetzt denken Sie bestimmt an die Hasenheide als bekannten Drogenumschlagplatz. Das kann ich verstehen, über die Hasenheide wird ja auch viel geschrieben. Über den viel größeren Britzer Garten mit jährlich 1,2 Millionen Eintritt zahlenden Besuchern lesen Sie aber wahrscheinlich relativ wenig. Dabei wurde er als die drittschönste moderne Grünanlage Deutschlands ausgezeichnet.

Dass von diesem Bezirk wesentliche Impulse ausgehen, Turnvater Jahn hier den Grundstein für die moderne Sportbewegung gelegt hat, hier die Perinatalmedizin ihren Ursprung hat, die Herzschrittmacher erfunden wurden und Prof. Bücher in Neukölln das Kunstherz erforscht hat, davon erfahren Sie nichts. Wenn Sie eine Pad-Kaffeemaschine haben, wird es Ihnen wahrscheinlich auch nicht bewusst sein, dass Ihr Kaffee aus Neukölln kommt. Wir sind nämlich weltweit der einzige Produzent dieser Pads. Und wenn Sie bei Tchibo Kaffee kaufen, können Sie zu 50 % sicher sein, dass er aus Neukölln kommt. Denn Tchibo hat nur zwei Röstereien und eine davon bei uns.

Das alles und noch viel mehr könnten Sie verbinden mit diesem wunderbaren Stadtteil Berlin-Neukölln, wenn hierüber berichtet werden würde. Dies ist aber nur selten der Fall. Wenn aber jemand betrunken bei einer Großveranstaltung auf mehrere Menschen mit dem Messer einsticht, können Sie dafür drei Wochen lang hintereinander lesen: „Der Neuköll-

ner Soundso hat das und das getan“. Dabei ist es unbeachtlich, dass er erst vor zwei Jahren nach einer behüteten Jugend in Berlin-Zehlendorf nach Neukölln gezogen ist. Hätte er bis zu seinem zweiten Lebensjahr in Neukölln gelebt und wäre dann nach Zehlendorf gezogen, würde sicherlich in der Zeitung stehen: „Ein ehemaliger Neuköllner hat das getan“. Das ist so. Damit müssen wir eben leben. Aber Neuköllner sind sehr bescheidene, fast scheue Menschen, und von daher haben wir uns auch ein dickes Fell zugelegt.

Neukölln hat 300.000 Einwohner, davon haben 100.000 Menschen einen Migrationshintergrund. Da etwa 35.000 Neuköllner nichtdeutscher Herkunftssprache bereits eingebürgert sind, tauchen sie in der Statistik aber nicht als Ausländer auf. Die Arbeitslosigkeit unter den Migranten beträgt etwa 50 %. In der Neuköllner Innenstadt, in der auch dieses Hotel liegt, liegt der Bevölkerungsanteil der Migranten bei 50 %, in unseren Schulen und Kindergärten zwischen 80 % und 100 %. Es sind aber auch Migrantenorganisationen in Neukölln zu Hause, z.B. das Türkisch-Deutsche Zentrum, das mit seinen 2.500 Mitgliedern die größte türkische Organisation in Berlin ist.

Neukölln hat die höchste Hartz-IV-Dichte der Bundesrepublik Deutschland. Auf 1.000 Einwohner kommen 140 Bedarfsgemeinschaften. Dortmund bringt es auf 70. Dies bedeutet, dass wir ganz massive soziale Problemlagen haben.

Können Sie es sich eigentlich vorstellen, dass in einem Staat, der ungefähr das zweitstärkste Aufkommen an Kraftfahrzeugen hat, eine politische Diskussion darüber geführt würde, dass wir keine Straßen brauchen? Nein, undenkbar. Eine so ähnliche Diskussion findet aber in Deutschland zu Fragen der Integration statt.

Nach neuesten Erhebungen des Mikrozensus leben bei uns etwa 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Nach den USA mit 36 Millionen und gefolgt von der Russischen Föderation mit 13 Millionen, ist die Bundesrepublik Deutschland demnach die zweitstärkste Einwanderernation des Erdballs. Und trotzdem wird bei uns noch immer heftig darüber debattiert, welche Integrationspolitik die Richtige ist oder ob wir überhaupt eine Integrationspolitik brauchen.

Wir sind 40 Jahre lang gut damit durchgekommen, keine zielgerichtete Integrationspolitik betrieben zu haben. Viele Protagonisten vertreten sogar die These, die Integration in Deutschland sei eine Erfolgsgeschichte. Ich kann Ihnen das aus Neuköllner Sicht nicht be-

stätigen. Das mag bei Ihnen anders sein, bei uns gibt es erhebliche soziale Verwerfungen, auch soziologischer Art.

In der Politik der letzten 40 Jahre gab es zwei Mainstreams: Zum einen den, dass Gastarbeiter zwei Funktionen haben. Erstens: zu arbeiten, Zweitens: Gast zu sein. Und wer Gast ist, hat sich zu benehmen. Der andere politische Ansatz war: Wenn viele kulturelle Ebenen aufeinanderstoßen, dann wird sich aus jeder Kultur das Positive durchsetzen, daraus ein neues Leitbild entstehen und sich die Integration von ganz allein entwickeln. Multikulti nannte man das. Die Integration hat sich aber nicht selbst-dynamisch entwickelt, und sie wird es auch nicht tun. Im Gegenteil, in Neukölln sind wir heute auf einem schlechteren Stand als vor 15 Jahren. Das gilt für den Sprachstand ebenso wie für das Verhältnis der Ethnien zueinander. Wir stellen heute bei uns fest, dass die Ethnien sich stärker denn je gegeneinander abgrenzen. Und zwar nicht die Migranten gegen die Mehrheitsgesellschaft, sondern auch die Migranten voneinander. Der Jugendclub, der arabisch dominiert ist, wird von anderen Nationalitäten gemieden. Gleiches gilt für den russisch oder türkisch dominierten Jugendclub. Man bleibt unter sich. Von einer naturgesetzlichen Verschmelzung der Ethnien ist überhaupt nichts zu bemerken.

Wir hatten ein weiteres Phänomen: Als die Bundesrepublik Deutschland 1961 mit der Anwerbung begann, sagte die Wirtschaft: „Es ist egal, ob und welche Vorbildung die Menschen haben. Hauptsache ist, sie können Arme und Beine bewegen, den Rest bringen wir ihnen bei.“ Mit einer solchen Anwerbspolitik wurden natürlich auch kulturelle Ebenen ins Land geholt, die wir längst überwunden glaubten, zum Beispiel den Analphabetismus. Es hat jedoch niemand daran gedacht, dass man sich um diese Defizite kümmern muss. Keiner hat sich gefragt, wie eine Familie, die über keinerlei Bildungshorizont und Bildungserfahrung verfügt, eigentlich in einem ausgeklügelten Bildungssystem wie dem der Bundesrepublik Deutschland zurechtkommt. Niemanden hat es interessiert, wie diese Familien den Schulbesuch ihrer Kinder begleiten oder welche Wertemaßstäbe sie eigentlich anlegen können, wenn sie überhaupt nicht einschätzen können, wie stark die Neigungen und Leistungen ihrer Kinder ausgeprägt sind. Die Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte unterlag der Lebenslüge, dass wir uns darum nicht zu kümmern brauchen, weil die Gastarbeiter ohnehin wieder nach Hause gehen.

Das Zuwanderungsgesetz stammt bekanntermaßen vom 1.1.2005. Erst 50 Jahre nach Beginn der Migration gab es also die erste

Rechtsnorm, die Zuwanderung und Integration überhaupt regelt. So kann heute nicht wirklich überraschen, dass in den Gebieten, in denen sich damals die später Zuwanderer, heute Migranten genannten Gastarbeiter niedergelassen haben, teilweise von Integration überhaupt keine Rede sein kann.

Zuerst verließ die deutsche Bevölkerung aus Angst vor Überfremdung diese Gebiete, danach folgten die Bildungsmittelschichten der Migranten. Insbesondere der Fortzug der bildungsorientierten Migranten hatte katastrophale Folgen. Gesellschaftlich marginalisierte Gruppen blieben unter sich, die Zuwanderergruppen wie die Deutschen. Die Zuwanderer trafen zunehmend nur noch auf deutsche Familien, die seit mehreren Generationen ebenfalls dem alten Jugendwohlfahrtsgesetz bzw. dem später folgenden Kinder- und Jugendhilfegesetz und dem Bundessozialhilfegesetz sehr nahe standen. Familien also, die für sich das Sozialsystem als Lebensgrundlage adaptiert haben. Dieses Zusammenwirken trug letztendlich dazu bei, dass bei den Mittelschichten spätestens bei Einschulung der Kinder der Fortzug einsetzt oder – wie ich immer sage – die Abstimmung mit dem Möbelwagen stattfindet. Man zieht fort, die Menschen wollen nicht, dass ihre Kinder in diesem Milieu aufwachsen.

Diese Entwicklung führt bei den Verbleibenden zu Schuldistanziertheit, Perspektivlosigkeit und im Ergebnis dazu, dass 70 % der Migrantenkinder die Schule entweder ohne Schulabschluss oder nur mit dem einfachen Hauptschulabschluss verlassen. Wenn kein Wunder geschieht, haben diese jungen Menschen in unserem System so gut wie keine Chancen mehr. Das merken sie selbst natürlich auch. Und je schneller sie es erkennen, desto weniger sind sie motiviert und bereit, sich zu engagieren, desto weniger haben sie Spaß und Lust auf ihre eigene Zukunft. Das ist in diesen Gebieten das eigentliche Problem. Der Frust und die Perspektive, wie ihre Eltern in der Sozialhilfe oder heute in Hartz-IV zu enden, muss abgelöst werden durch Selbstvertrauen und Neugierde auf ihre eigene Zukunft.

Das Beispiel der *Young Americans* hat gezeigt, dass so etwas geht. Diese Truppe motiviert junge Menschen durch Gesang und Tanz, vermittelt hierdurch Solidarität und Gruppen-erlebnisse und gibt ihnen Mut und Glauben in die eigenen Fähigkeiten. Bei ihren Workshops muss jeder mitmachen. Jeder muss singen, tanzen, egal, ob er es kann oder nicht. Und wer etwas nicht ganz so toll macht, der wird nicht ausgelacht und ausgepiffen, sondern beklatscht. Die *Young Americans*, die seit sechs Jahren in Europa Workshops machen, haben auch mit der Rütli-Schule gearbeitet und mir

hinterher berichtet, dass sie so etwas noch nie erlebt haben. Sie sind noch nie auf eine Schülerschaft gestoßen, die mental so am Boden war wie die Schüler der Rütli-Schule, die gesagt haben: „Was wollt ihr bei uns? Wieswegen kommt ihr denn hierher? Wir können nichts, wir taugen nichts. Geht doch woanders hin.“ Doch die *Young Americans* haben einmal mehr unter Beweis gestellt, dass sie auch junge Menschen, die sich schon in einem so frühen Lebensstadium völlig haben fallen lassen, noch motivieren, begeistern und zu einer Gemeinschaft zusammenschweißen können. Bei der Abschlussaufführung waren sich die 2.000 Besucher jedenfalls einig: „Hier ist ein Wunder geschehen, das können nicht dieselben Schüler sein.“ Ich denke, dass wir solche Ansätze auch für die Zukunft verfolgen müssen.

Die Vorkommnisse an der Rütli-Schule haben eine Debatte darüber ausgelöst, ob die Hauptschule abgeschafft werden soll. In Berlin haben wir das Problem, dass wir ein viergliedriges Schulsystem haben, nicht nur Haupt-, Realschule und Gymnasium, sondern dazwischen auch noch die Gesamtschule. Das bedeutet, dass in Berlin die Hauptschule in der Tat zur Resteschule geworden ist, anders als in anderen Bundesländern, in denen die Hauptschule noch 30-35 % der Schülerschaft aufnimmt. Bei uns liegt der Anteil unter 10 %. Gesamtschule und Hauptschule in einem gegliederten Schulsystem vertragen sich nicht. Wenn Sie es so noch nicht eingeführt haben, lassen Sie es!

Auf dem Gelände der Rütli-Schule befindet sich im Übrigen auch eine Realschule. Es ist sofort andiskutiert worden, die Real- und die Hauptschule zusammenzulegen. Das führte dazu, dass mir der türkische Gesamtelternvertreter der Realschule einen Tag später wortwörtlich schrieb: „Wenn Sie das machen, nehmen wir unsere Schüler von der Schule.“ Die Bereitschaft für die Vermengung der Bildungsebenen ist also auch selbst vor Ort nicht vorhanden.

Aus meiner Sicht gibt es nur einen vernünftigen Weg: Wir brauchen in diesen Gebieten die Ganztagschule. Wir müssen mit den jungen Menschen den ganzen Tag arbeiten. Außerdem muss Schule in Segregationsgebieten einen neuen Auftrag erhalten. Sie muss nicht nur Lesen, Schreiben und Rechnen vermitteln, sondern als gesellschaftliche Institution verstanden werden, die den jungen Menschen die Hand zum Weg in die Gesellschaft reicht. Denn die Schule ist die einzige Institution, die die jungen Menschen jeden Tag tatsächlich erreicht. Die Lehrer der Rütli-Schule haben in ihrem Brandbrief geschrieben: „Unsere Schüler sind in vielen Familien die Einzigen, die morgens aufstehen.“ Das heißt, die Schule ist

die einzige geordnete gesellschaftliche Instanz, mit der diese jungen Menschen überhaupt zu tun haben. Diese Schulen müssen aber umgebaut werden und sie brauchen erweiterte Professionen. Denn die Lehrer können sich nicht im Detail darum kümmern, warum ein Schüler nicht zur Schule kommt. Das müssen andere Berufsgruppen machen, Konfliktmanager und Sozialarbeiter zum Beispiel, die mit diesen jungen Leuten ganz anders arbeiten können.

Darüber hinaus brauchen wir eine verpflichtende Vorschulerziehung. Und wenn das verpflichtende Element nicht machbar sein sollte, dann muss die Vorschule zumindest kostenfrei sein. Denn wir brauchen die Vorschulerziehung dringend zur Heranbildung der Kinder. Kinder, die mit fünfeinhalb oder sechs Jahren in die Schule kommen und kein Wort Deutsch sprechen, sind eigentlich schon marginalisiert und von vornherein gehandicapt in ihrer Schulkarriere. Aber wie weit wir damit sind, können Sie daran erkennen, dass der Vorstoß der Familienministerin, in der Bundesrepublik Deutschland den Kindergarten zur Pflicht zu machen, sofort politisch totgetreten worden ist. Der Gedanke ist in ihrer eigenen Partei niedergemacht und im Keim erstickt worden. Politikern anderer Parteien ist es nicht besser ergangen. Der Vorschlag des Finanzministers, das Kindergeld um 10 % abzusenken und dafür in der gesamten Bundesrepublik Deutschland eine kostenfreie Vorschulerziehung einzuführen, ist auch innerhalb der SPD sofort mit Stumpf und Stiel ausgerottet worden.

Dieses wären aber meines Erachtens zwei politische Wege, um dem Problem der sozialen Verwerfungen in den Migranten-Communities zu begegnen. Wir gehen bei uns in Neukölln mit unserem Stadtteilmütter-Projekt noch einen anderen Weg. Die Idee des niederländischen „Rucksack“-Modells aufgreifend, unterrichten wir arbeitslose Migrantinnen sechs Monate lang in allgemeinbildendem Wissen. Wie funktioniert das Gesundheitswesen? Was ist eigentlich eine Schule, was ist ein Kindergarten? Was ist Sexualerziehung, was ist Verhütung? Was ist Umwelt, warum trennt man Müll? Wo kann ich einen Sprachkurs machen? Nach der Ausbildung versuchen sie, Kontakt zu den Familien im Stadtteil aufzunehmen, von denen selbst die Migrantinnenorganisationen sagen, dass sie zu ihnen keinen Kontakt haben. Sie gehen zu Familien, die ein völlig abgeschottetes Leben führen, zu Familien, die „auf dem Bierdeckel leben“. Die Kinder, so sagen mir die Erzieher und Lehrer, kennen ihr Umfeld maximal im Umfeld von zwei U-Bahn-Stationen. Alle anderen Dinge sind weit entfernt. Solche Familien versuchen wir mit unseren Stadtteilmüttern zu erreichen.

Wir haben das Modellprojekt zwei Jahre lang mit 30 Stadtteilmüttern erprobt. Es funktioniert. Der Erfolg ist so groß, dass wir jetzt beschlossen haben, dieses Netzwerk über ganz Neukölln auszudehnen. Wir beginnen im September mit der Ausbildung von 200 Stadtteilmüttern und wollen ganz Neukölln-Nord, eine Stadt mit 150.000 Einwohnern, mit einem Stadtteilnetzwerk überziehen. Wir wollen damit bis zum Jahr 2008 2.000 Familien erreichen, die bisher keinerlei soziale Kontakte im Wohnumfeld haben. Die Stadtteilmütter müssen diese Familien zehn Mal besuchen. Dafür erhalten sie insgesamt 180 Euro. Als Gegenleistung werden sie für diese Zeit von Maßnahmen des Jobcenters freigestellt und in das ganz normale ABM-System eingegliedert.

Dieses Modell ist ausgesprochen erfolgreich, ich kann es nur empfehlen, weil es sich in der Tat von einem Einzelprojekt unterscheidet. Wir haben in Neukölln inzwischen erkannt, dass Integrationspolitik weit mehr ist als kleinteilige Projektpolitik. Wir haben in den letzten vier Jahren in diesem Bezirk 309 Integrationsprojekte mit einem Finanzvolumen von 9 Millionen Euro durchgeführt. Hierbei haben sich Hunderte von Menschen aufgegeben, die Entwicklung aber letztendlich nicht stoppen können. Anstatt 15, 30 oder 45 Menschen zur Zielgruppe zu nehmen, setzen wir daher heute auf Konzepte, die flächendeckend greifen. Anderenfalls können wir die Entwicklung im Stadtteil und die Segregation nicht aufhalten. Uns sind natürlich auch Grenzen gesetzt. Denn als Kommune können wir z.B. eines unserer Hauptprobleme, die Arbeitslosigkeit, nicht aus dem Weg schaffen. Mein Kollege in Leonberg hat auch einen hohen Migrantenanteil in seiner Stadt, aber nicht meine Probleme. Die Arbeitslosigkeit beträgt dort 6 Prozent. Oder in Prag, wo ich gestern noch an einer Konferenz zu Fragen der Migration teilgenommen habe, herrscht Vollbeschäftigung. Auch dort gibt es die Verwerfungen, wie sie bei uns auftreten, nicht. Denn diese Abschottung und dieser Rückzug in die eigene Ebene wie auch die Rückbesinnung auf tradierte Rollenmuster und die Religion gehen natürlich Hand in Hand mit der hohen Arbeitslosigkeit, mit dem Gefühl, ausgestoßen, nicht gewollt, Ausländer oder Moslem zu sein.

Lassen Sie mich zum Schluss eines ganz ausdrücklich sagen: Integrationspolitik gibt es nicht zum Nulltarif. Eine Gesellschaft muss man aufbauen. In eine Gesellschaft muss man investieren, und man muss auch in die Köpfe unserer jungen Menschen investieren. Ich habe mir in den letzten drei Tagen wieder einmal Grundschulen in der Tschechischen Republik angeschaut, in denen die Kinder mit Touchscreen-Displays an der Wand trainieren. Ähn-

liches habe ich auch in den baltischen Staaten gesehen. Ich sage Ihnen, dass wir in Zukunft mit spitzenmäßig ausgebildeten jungen Menschen konfrontiert werden, die uns glatt überrennen. PISA stimmt und alle, die das nicht wahr haben wollen, werden sich noch wundern. Denn nichts ist so teuer wie ein nicht in die Gesellschaft integrierter Mensch. Er produziert für die Gesellschaft sein gesamtes Leben lang Reparaturkosten. Deshalb sind Kosten der Integrationspolitik Sparmaßnahmen, und zwar für künftige Generationen. Und wenn wir nicht wollen, dass Stadtteile wie Berlin-Neukölln zu Elendsquartieren wie um Paris mutieren, dann müssen wir heute etwas tun. In Kopenhagen verlassen 55 % aller jungen Menschen mit Migrationshintergrund die Schule, ohne richtig lesen, schreiben und rechnen zu können. Und die erste Hauptschule, die man komplett geschlossen hat wegen nicht eindämmbarer Gewalt, befand sich in Malmö. Dies müssen eigentlich deutliche Warnsignale für uns alle sein, dass Integrationspolitik eine europäische Aufgabe ist und wir uns darum kümmern müssen, wie wir Menschen, die zu uns kommen, in unsere Gesellschaft begleiten und in ihr ankommen lassen.

Dazu gehört natürlich auch, ihnen auch zu sagen: „Das sind die Normen dieser Gesellschaft, und wir wollen, dass Ihr sie adaptiert. Ihr seid in dieses Land gekommen, es ist Eure neue Heimat – wir wollen, dass Ihr euch integriert in unser System.“ Das stammt im Übrigen nicht von mir, sondern das hat der türkische Außenminister Gül im November 2005 in Berlin seinen Landsleuten ins Stammbuch geschrieben.

Jetzt wirklich zum Schluss kommend, noch ein weiterer Denkanstoß, der mich vielleicht nicht zu Ihrem Freund werden lässt. Wer sich nicht darum kümmert, dass sein Kind zur Schule geht oder wer der Meinung ist, dass die Betreuung jüngerer Geschwister oder sonstige häusliche Aufgaben wichtiger sind als die Ausbildung und Bildung des Kindes, dem sollte die Gesellschaft sagen: „Wir zahlen Dir jeden Monat Kindergeld. Wenn Du es nicht für das Kind verwendest, dann werden wir darüber nachdenken müssen, ob es bei Dir richtig angelegt ist.“ Ich jedenfalls finde es nicht abwegig, dass derjenige, der sich nicht darum kümmert, ob sein Kind in die Schule geht, auf seinen Kontoauszug guckt und feststellt, dass das Kindergeld nicht angekommen ist. Vielleicht hilft das, sich ein bisschen mehr um die Zukunft der eigenen Kinder zu kümmern. So wie nach der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen jedes Kind das Recht auf Erziehung hat, so hat aber auch jede Gesellschaft das Recht darauf, dass die Kinder nach ihren Normen und Werten erzogen werden.